

II- 6720 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3352 /J

A N F R A G E

1989 -03- 0 3

der Abgeordneten Motter, Dr. Frischenschlager
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend die Flüssiggastanks im unmittelbaren Nahbereich
der Walgaukaserne in Bludesch

Im Oktober 1988 hat der Bundesminister für wirtschaftliche
Angelegenheiten die Aufstellung oberirdischer Flüssiggastanks
mit rund 500 Litern Fassungsvermögen auf dem Gelände der
Walgaukaserne in Bludesch beschlossen.

In einem Bericht der "Vorarlberger Nachrichten" (9.2.1989)
zeigt jedoch der Sicherheitsexperte des Arbeitsinspektorates
in Bregenz, Dipl.Ing. Bernd Doppler, auf, daß mit der
Errichtung dieser Anlage eine akute Bedrohung der Kaserne und
des angrenzenden Wohngebietes geschaffen werde, da bereits
ein - aus 300 m Entfernung abgefeuerter - Gewehrschuß die
Flüssiggasbehälter zur Explosion bringen könne.

Zudem ist darauf zu verweisen, daß eine unterirdische
Erdgasleitung am Kasernentor vorbeiführt, diese Anschluß-
möglichkeit jedoch ungenützt bleibt.

Da die Lagerung einer derart großen Menge Flüssiggas im
unmittelbaren Nahbereich einer mit mehreren hundert Soldaten
besetzten Kaserne nicht nur aus verteidigungstaktischen
Gründen, sondern auch im Hinblick auf die besiedelte Umgebung
äußerst problematisch erscheint, stellen die unterfertigten
Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche
Angelegenheiten die

- 2 -

A n f r a g e :

1. Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß kein Anschluß an die - vor dem Kasernentor vorbeiführende - Erdgasleitung vorgesehen ist?
2. Warum ist beabsichtigt, das Flüssiggas in freistehenden Tanks zu lagern, wenn doch die Installierung unterirdischer Tanks größeren Schutz vor Fremdeinwirkung gewährleisten würde?
3. Wie hoch ist bei Verwirklichung des geplanten Vorhabens die Kostendifferenz im Vergleich
 - a) zum Anschluß an die bestehende Erdgasleitung und
 - b) zur unterirdischen Installierung der Flüssiggastanks zu veranschlagen?
4. Mit welchen Stellen (Bundesministerium für Landesverteidigung, Arbeitsinspektorat) wurde vor der Entscheidung über die Aufstellung oberirdischer Tanks Kontakt aufgenommen und welche Stellungnahmen wurden von diesen hierzu abgegeben?